

August 2019

## ALGERIEN: RINGEN UM EINEN GEORDNETEN ÜBERGANG

Samar Kobald

Am 2. April 2019 trat Präsident Bouteflika nach wochenlangen Massenprotesten zurück, nachdem der Generalstabschef und stellvertretende Verteidigungsminister Gaid Salah die Anwendung des Artikels 102 der algerischen Verfassung forderte, der es dem Verfassungsrat gestattet, die Amtsunfähigkeit des Präsidenten zu erklären. Die Proteste nahmen selbst dann nicht ab, als Abdelkader Bensaleh zum Interimspräsidenten ernannt wurde. Damit wächst in- und außerhalb Algeriens die Besorgnis über die Konsequenzen der Proteste.

### Die Proteste von 2019

- Der gegenwärtige politische Stillstand erklärt sich aus den Unwillen der algerischen Eliten einen realistischen Plan für einen demokratischen Übergang vorzulegen. Den Forderungen der Demonstranten das System Bouteflika abzuschaffen und demokratische Reformen einzuleiten steht das Misstrauen der algerischen Eliten nach einem Systemwandel gegenüber.
- Selbst wenn die Eliten bereit wären, nach der „Ära Bouteflika“ auch das Ende des „System Bouteflika“ einzuläuten, würde ein derartiger Prozess Zeit brauchen und einen sorgfältigen Umgang mit in- und ausländischen Akteuren erfordern.
- Die Verhaftung der algerischen Militärdäe Issad Rebrab und der Kouninef-Brüder ist als Versuch des Militärs zu werten, die politische Initiative zu ergreifen. Damit wird vom Generalstabschef und stellvertretenden Verteidigungsminister, Gaid Salah, ein „Zeichen gegen Korruption“ gesetzt,

um die Demonstranten von ihrer eigentlichen Forderung, dem Rücktritt der Übergangsregierung, abzulenken.

- Mit der Festnahme von Said Bouteflika, dem Bruder des Ex-Präsidenten, geht der Generalstabschef einen Schritt weiter und zeigt, dass er bereit ist Vertreter der herrschenden Eliten zum Zweck des eigenen Machterhalts zu opfern.

### Das algerische System

Seit der Unabhängigkeit 1962 wird Algerien von einem intransparenten Netzwerk, bekannt als „die Macht“ (*le pouvoir*), regiert. Es besteht aus Vertretern der Politik, des Militärs und der Wirtschaftselite. Das Gleichgewicht innerhalb dieses Machtapparats und die gegenseitige Abhängigkeit haben dazu geführt, dass sich

die verschiedenen Interessengruppen seit Jahrzehnten an der Macht halten.

Die erste Säule des Machtzirkels, also der aus Tlemcen stammende Familienclan von Ex-Präsident Bouteflika, wird von der *Front de Libération Nationale* (FLN) unterstützt. Doch spielt die Partei eine deutlich schwächere Rolle als die Familie Bouteflikas. Seit Bouteflikas erstem Schlaganfall im Jahr 2013 trat sein jüngerer Bruder Saïd verstärkt an die Öffentlichkeit und spielte eine bedeutende politische Rolle. Saïd Bouteflika wurde am 4. Mai 2019 in Gewahrsam genommen, weil ihn Generalstabschef Gaid Salah als Gefahr für die Armee wahrnahm.

Das Militär bildet die zweite Säule des algerischen Machtapparats. Nach der Unabhängigkeit 1962, übernahmen die Generäle gemeinsam mit der Partei die Führung im Land. Die Generäle schlugen auch Bouteflika 1999 als Präsidentschaftskandidaten vor und verhalfen ihm zum Wahlsieg. Repräsentiert wird das Militär durch den greisen 79-jährigen Chef des Generalstabes Ahmed Gaid Salah, der das Amt 2004 übernahm und 2013 auch stellvertretender Verteidigungsminister wurde. Er vertritt die Interessen der „östlichen Clans“ Algeriens.

Die dritte Säule bildet die Wirtschaftselite Algeriens. Es handelt sich bei ihr keinesfalls um freie Unternehmer im Sinne einer liberalen und transparenten Marktwirtschaft, sondern um Netzwerke von Profiteuren, die in erster Linie durch bedeutende Infrastrukturprojekte vermögend geworden sind. Ihr größter Auftraggeber war und ist der Staat, der die Projekte mit Erlösen aus Erdöl- und Erdgasexporten finanziert.

Das Bündnis zwischen dem Präsidenten und dem Generalstabschef beruht auf einer Koalition des westalgerischen Tlemcen-Clans Bouteflikas mit dem „östlichen Clan“ des Generalstabschefs und hat somit eine regionale und landsmannschaftliche Dimension. Entscheidungsfin-

dung und Interessensabgleich zwischen der Regierung, dem Militär und der Wirtschaftselite finden also im Rahmen des Bündnisses der beiden funktionalen und regionalen Eliten statt.

### **Die algerische Opposition**

Die algerische Opposition, die von mehreren unorganisierten politischen Parteien vertreten wurde, hatte sich bereits vor der offiziellen Ankündigung gegen die fünfte Amtszeit Bouteflikas ausgesprochen. Trotzdem waren die Oppositionsparteien unfähig, eine einheitliche Front gegen das gegenwärtige politische System zu bilden.

Während einige Oppositionsparteien, wie die *Rassemblement pour la Culture et la Démocratie*, die *Front des Forces Socialistes* und die relative neue Partei *Jil Jadid* (Neue Generation), planten die Wahlen im Juli zu boykottieren, entschied sich die *Mouvement de la Société de la Paix* zur Teilnahme. Diese Meinungsverschiedenheit innerhalb des Oppositionslagers zu den bereits verschobenen Wahlen, die am 4. Juli 2019 vorgesehen waren, verhinderten die Ernennung eines gemeinsamen Kandidaten.

Darüber hinaus ist keine Oppositionspartei in der Lage, der Bürgergesellschaft eine politische Heimat zu geben geschweige denn eine Alternative zum von ihr abgelehnten System zu bieten.

### **Algerische Islamisten**

Die Position der Islamisten in Algerien hat sich in den letzten 30 Jahren verändert. Ihre gegenwärtig passive Haltung verdient jedoch größere Aufmerksamkeit, weil es immerhin möglich ist, dass sie die innenpolitische Situation dazu nützen könnten, um ihre Machtposition zu stärken.

Die Islamische Heilsfront (*Front Islamique du Salut*, FIS) gewann zwei Jahre nach ihrer Gründung die Stimmenmehrheit bei den Parlamentswahlen am 26. Dezember 1991. Die Armee annullierte das Wahler-

gebnis und entfernte im Jahr darauf Präsident Chadli Benjedid und verbot die FIS, was zum Algerischen Bürgerkrieg führte.

Während die militärische und politische Führung die FIS für Gewalt optierte, nahmen andere Vertreter des politischen Islam am formalen politischen Leben teil.

Einige führende Islamisten, wie Sheikh Mahfoud Nahnah, lehnten den Radikalismus der FIS ab und unterstützten stattdessen eine Strategie der schrittweisen Islamisierung der Gesellschaft. Er gründete seine eigene Partei, die später als *Mouvement de la Société pour la Paix* bekannt wurde. Im Jahr 2012 trat sie unter dem Dach der Grünen Algerischen Allianz (*Alliance de l'Algérie Verte*) einer Union mit zwei weiteren islamistischen Parteien bei.

In der gegenwärtigen Krise nehmen die Islamisten nur einen „Beobachterstatus“ ein, bleiben aber auf absehbare Zeit Teil der politischen Szene Algeriens. Dabei ist noch nicht klar, welche Partei sich bei den Islamisten durchsetzen wird. Dies wird auch von den Umständen des demokratischen Übergangs abhängen, der sich derzeit noch in der Anfangsphase befindet.

### **Die Übergangsregierung (2019)**

Nach dem erzwungenen Rücktritt Präsident Bouteflikas wurde der Präsident des Oberhauses, Abdelkader Bensalah, verfassungsmäßig mit der interimistischen Führung betraut. Gaid Salah blieb Generalstabschef und stellvertretender Verteidigungsminister und wurde somit zum prominentesten Vertreter des „Systems“. Die Demonstranten fordern aber nun unvermindert den Rücktritt des Übergangspräsidenten Bensalah und des von Bouteflika in seiner letzten Amtshandlung zum Premier ernannten Noureddine Bedoui.

Die für den 4. Juli angesetzten Präsidentschaftswahlen wurden jedoch mangels geeigneter Kandidaten auf das Jahr 2020 verschoben. Dadurch haben sich alle politischen Akteure vor allem Zeit erkaufte,

auf der anderen Seite wurde jedoch eine Übergangsphase voller Unsicherheiten und mit großen politischen Risiken geschaffen. Denn je länger die Übergangsphase anhält und je weniger echter Reformwille ersichtlich ist, desto größer wird die Gefahr einer gewaltsamen Eskalation. Ein zentrales Element der notwendigen Reformen muss die Wirtschaft sein.

### **Die Wirtschaftslage des Landes**

Das politisch-ökonomische Modell Algeriens ist typisch für die sogenannten Rentenstaaten. Es basiert auf hohen Subventionen für Lebensmittel und Treibstoff, die zum Großteil aus den Einnahmen von Rohstoffexporten finanziert werden. Die Einnahmen aus dem Export von Erdöl machen etwa 60 Prozent der Staatseinnahmen und 90 Prozent der Exporterlöse aus.

Eine der größten Herausforderungen Algeriens stellt – seit Jahrzehnten – die Diversifizierung der Wirtschaft dar. Denn seit der Unabhängigkeit leidet das Land unter der einseitigen Wirtschaftspolitik und ist aufgrund des politischen Stillstands unfähig, auf Herausforderungen zu reagieren.

Als Bouteflika 1999 an die Macht kam, profitierte das Land vom hohen Erdölpreis sodass für die Entwicklung eines nachhaltigen und diversifizierten Wirtschaftsmodell der Anreiz fehlte. Die Ölpreise sind seit ihrem Höchststand 2008 jedoch deutlich gefallen. Dadurch sind die Währungsreserven in den letzten Jahren um fast die Hälfte gesunken, gleichzeitig hat der inländische Energieverbrauch mit der wachsenden Bevölkerung zugenommen.

### **Wirtschaft und Außenpolitik**

Der politische Wandel und die damit verbundenen wirtschaftlichen Herausforderungen rufen mehrere Großmächte auf den Plan, die versuchen werden, ihren Einfluss in Nordafrika durch Algerien zu stärken. China wird sich in erster Linie um neue Investitionen und Projekte bemühen. Russland, Algeriens historischer

Verbündeter, wird versuchen seine Position als „strategischer Verbündeter“ abzusichern. Vor allem aber ist Moskau darum bemüht, zu verhindern, dass andere Mächte in die inneren Angelegenheiten Algeriens eingreifen.

Für die Vereinigten Staaten steht die Sicherheitsfrage im Vordergrund der bilateralen Beziehungen. Nach dem Terroranschlag am 11. September 2001 war Algerien eines der ersten Länder, das den USA seine Unterstützung anbot. Seit damals spielt das Land eine Schlüsselrolle im Kampf gegen den Terrorismus. Algerien arbeitet im Rahmen seiner Sicherheitspartnerschaft eng mit den USA gegen den internationalen Terrorismus zusammen. Aus amerikanischer Sicht ist Algerien ein unverzichtbarer Partner in der Terrorismusbekämpfung in Nordafrika und der Sahelzone.

Die Beziehungen Algeriens zu Europa waren immer pragmatisch. Für die EU ist Algerien vor allem Energielieferant, der 12% des europäischen Gasbedarfs deckt, und als Absatzmarkt interessant. Das trifft in besonderem Maße auf die mediterranen Nachbarn Frankreich, Italien und Spanien zu, für die Algerien nach wie vor Hauptlieferant für Öl- und Gas ist. Die bilateralen EU-Algerien Beziehungen werden daher ebenfalls von Wirtschaftsinteressen dominiert. So soll durch das Assoziierungsabkommen eine Freihandelszone etabliert werden. Neben der Wirtschaft hat die Migrationsfrage in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen.

Vor allem die Regierungen in Südeuropa – insbesondere Frankreich und Italien – sind über die Instabilität besorgt, da sie die Zunahme unkontrollierter illegaler Migration nach Europa befürchten.

## Ausblick

- Die Wahrung der wirtschaftlichen Stabilität während des politischen Übergangs ist für dessen Gelingen von besonderer Bedeutung. Mittelfristig muss die Stabilität durch Senkung des Haushaltsdefizits gestärkt werden, langfristig gesehen wird Algerien nicht umhinkommen, die Wirtschaft zu diversifizieren, um die Abhängigkeit von Erdöl und -gas zu reduzieren.
- Es ist nicht auszuschließen, dass einige radikale Gruppen versuchen werden, die populäre Protestbewegung zugunsten ihrer eigenen Ziele zu manipulieren, was die Bemühungen um einen friedlichen Wandel gefährden kann.
- Eine anhaltende wirtschaftliche Stagnation kann zu weiterer Instabilität Algeriens führen, was sich in weiterer Folge auch auf die Terrorbekämpfung auswirken wird. Es liegt insbesondere im Interesse der Vereinigten Staaten und Europas, insbesondere Frankreichs, einen stabilen Sicherheitspartner im Maghreb zu haben.
- Ein Scheitern des Transformationsprozesses könnte die algerischen Gasexporte gefährden. Zudem könnte es durch das Ausbrechen eines offenen Konflikts zu einem Bürgerkrieg und einer Migrationswelle kommen.
- Vor diesem Hintergrund muss die EU den Übergangsprozess politisch und diplomatisch unterstützen ohne sich dabei zu sehr in die inneren Angelegenheiten des Landes einzumischen.

### Impressum:

Medieninhaber/Herausgeber/Hersteller: Republik Österreich/BMLV, Roßauer Lände 1, 1090 Wien

Redaktion: Landesverteidigungsakademie Wien/IFK, Stiftgasse 2a, 1070 Wien

Periodikum der Landesverteidigungsakademie

Druck: ReproZ W 19-XXXX, Stiftgasse 2a, 1070 Wien



[www.facebook.com/lvak.ifk](https://www.facebook.com/lvak.ifk)